Berlin, den 27. April 1923 Nr. 17. 37. Jahrgang

Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeuilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.

Publikationsorgan der Berufskrankenkassen

Inserate kost. d. 4 gespalt. Nonp.-Zeile 100 Mk. f. Stellenangeb., 150 Mk. f. Sachwertangeb.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 60 Mk. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Zum Weltfeiertag!

Wieder ist der Tag des ersten Mai gekommen! Der Weltfeiertag, der die Arbeiterschaft aller Kulturländer an die Beschlüsse des Pariser Kongresses von 1889 mahnt. Wie alljährlich, richtet die Internationale und jede nationale Organisationsleitung die üblichen Appelle an die Arbeiterschaft, den ersten Mai durch Arbeitsruhe und Demonstrationen würdig zu feiern.

Es werden auch viele hunderttausende Menschen dem Rufe Folge leisten, aber ebensoviele werden sich nicht rühren. An vielen Menschenherzen prallt jeder derartige Ruf ab wie an einem Panzer; sie können sich noch nicht entschließen, Schulter an Schulter mit ihren Klassen- und Leidensgenossen diesen Gedenktag zu feiern, der die gesamte Menschheit mahnen soll an ihre Menschen- und Daseinsrechte.

Wir haben den Achtstundentag erobert, aber böse Mächte arbeiten unablässig an seiner Wiederbeseitigung. Ihren Wühlereien muß der einmütige Wille aller Arbeitenden entgegengestellt werden mit der Parole:

Hände weg vom Achtstundentag!

Der Gedanke, den ersten Mai als Festtag der Arbeit in allen Ländern dieser Erde feierlich zu begehen, hat etwas erhabenes, gewaltiges, mit dem sich kein anderer Festtag messen kann.

Die Arbeit ist es, die alle Werte schafft, ihr gebührt ohne Zweifel der erste Platz, die höchste Ehre. Mag der reiche Parvenü und Geck verächtlich auf den ehrlichen Arbeiter herabblicken; seine Tätigkeit ist doch nur ein Verzehren dessen, was andere schaffen; er ist nicht wert das Brot zu essen, das andere für ihn erarbeitet haben.

Trotzdem verachtet er den Arbeiter und will sein Los noch mehr verschlimmern, statt ihm dankbar zu sein und Erleichterungen zu schaffen.

Alle Kultur, deren sich die Menschheit erfreut, entspringt derselben Quelle, der geistigen und physischen Arbeit. Die Arbeit erst schuf alle Werte, allen Reichtum dieser Erdbewohner, ihr gebührt demnach auch die höchste Ehre.

Aber noch immer drückt die Macht der Kapitalbesitzer die Arbeitenden nieder, verdammt sie zum Darben und Entsagen, zur dauernden Armut.

Durch den wissenschaftlichen Sozialismus lernen wir den Wert der Arbeit erkennen und auch die Mittel zu ihrer Befreiung aus der Knechtschaft des Kapitals. Arbeiter aller Länder vereinigt euch, so rief Karl Marx. Ihr könnt und müßt euch selbst befreien. und so wurde der Weltfeiertag geschaffen.

Am ersten Mai halten die Enterbten aller Länder Heerschau und mustern ihre Mitstreiter im Kampfe zur Befreiung der Arbeit.

Noch stehen uns zahlreiche Klassengenossen fern, trotzdem ist das Fest der Arbeit fest verankert, kein Sturm kann es zerstören. Aber wir müssen unsere Pflicht tun, jung und alt muß das Fest hochhalten helfen!

Am ersten Mai muß der Ruf immer stärker erschallen: Völkerfrieden, Schutz der Arbeit! Nieder mit dem Militarismus, dem Völkermord und der Vergewaltigung! Ein freies Volk auf freiem Grund, rings auf dem ganzen Erdenrund! Das sei unsere Losung!

Glossen zur Tarifamtssitzung am 17. und 18. April.

Seit der bezirklichen Lohnregulierung ist das Tarifamt nicht zusammengetreten. Durch die Krisenstimmung hatte sich allerlei Konfliktstoff gesammelt, auch waren eine Reihe geschäftsmäßige Dinge zu erledigen. Den Reigen eröffnete die Aussprache über die Erfahrungen mit der bezirklichen Lohnregulierung. Von den Erfahrungen war nicht viel zu hören, nur der Wunsch, es vorläufig bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Wir schlossen uns dem an. Dann folgte eine Beschwerde über den Arbeitgeberverband, weil er bis jetzt eine Abgrenzung des Vertragsgebiets mit dem anderen Kontrahenten unseres Verbandes, dem Bund Deutscher Lederwarenfabrikanten, nicht herbeigeführt hat. Die Verteidigung der Arbeitgebervertreter war sehr schwach. Das Tarifamt stellte danach die unstrittigen Gebiete fest und sprach für die strittigen Gebiete die Erwartung baldiger Einigung zwischen den beiden Arbeitgeberverbänden aus. Die Hamburger Bezirksschlichtungskommission hatte einen Unterschied zwischen Feiertagsbezahlung und Arbeitstagen gemacht. Das Urteil wurde aufgehoben. Zu recht scharfen Debatten kam es in zwei weiteren Fällen. Die Bezirksschlichtungskommission habe jetzt die Aufgabe des Tarifamtes in der Lohnfestsetzung übernommen. Es ist nun mehrfach vorgekommen, daß die Bezirksschlichtungskommission in zweiter Instanz zur Entscheidung von beiden Parteien angerufen wurde. Dafür verlangte der Verband der Offenbacher Lederwarenindustrieller eine andere Besetzung bzw. sollte das Tarifamt eine Aus- oder Unterlegung herbeiführen. Wir bestritten dem Tarifamt nicht das Recht, Auslegungen in Streitigkeiten herbeizuführen, stellten aber in Abrede, daß es sich hier um eine derartige Streitigkeit handle. Nur den Parteien bleibe es vorbehalten, tatsächliche Aenderungen des Vertrages vorzunehmen. Im anderen Falle lehnte man einen Angestellten des Verbandes, den Kollegen Galm als Beisitzer der Bezirksschlichtungskommission ab, weil er nicht Arbeitnehmer im Sinne des Vertrages sei. Wir ließen uns aber nicht die Butter vom Brot nehmen und fußten auf die langjährige Uebung, die nun in der Krisenzeit angefochten werde. Das Tarifamt trug unseren Auffassungen Rechnung und lehnte die Wünsche der Unternehmer ab. Desgleichen wurde eine weitere Zersplitterung auf dem Gebiete der Lohnverhandlungen abgewehrt. Kassel verlangte eine eigene Bezirksschlichtungskommission und Bielefeld die Erlaubnis zu örtlichen Lohnabmachungen. Einen Einspruch der Arbeitgeberorganisation gegen ein Urteil der Offenbacher Bezirksschlichtungskommission wurde stattgegeben. Bei einer der letzten Lohnverhandlungen erklärten einzelne Arbeitgeber den Anspruch der Akkordarbeiter für erfüllt, weil sie über dem Mindestsatz des Tariffolls standen. Die Bezirksschlichtungskommission billigte auch den Akkordarbeitern einen Anteil von den Ergebnissen für die Lohnarbeiter zu. Das Tarifamt gab dem Arbeitgeberstandpunkt aber recht. Es fragt sich auch für unsere führenden Kollegen, ob es in solchen Fällen nicht ratsamer ist, den formalen Richter mit dieser Frage zu verschonen. In einigen Fällen wurden Anträge auf Ortsklasseneinteilung angenommen; die meisten Anträge wurden auf Einspruch der Arbeitgeber zurückgestellt.

Diese Sitzung erinnert an die besten Zeiten um den Aufbau der Tarifrechte und der Kämpfe um die Regulierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wie so oft hatten wir auch heute Pech. Wir erinnern an so manche eigenartige Situation. Franzoseneinzug in Frankfurt, Eisenbahnerstreik, plötzliche Baisse oder Hausse. Hätte unsere Sitzung am 18. April, nachmittags 3 Uhr, angefangen statt am 17. April, hätte man mehr vergnügte Gesichter gesehen. Auf der Börse und der Messe, auf der Straße wie in den Räumen des Bürgervereins stand der Thermometer auf Null.

Anträge zum Verbandstag.

Zur Tagesordnung:

Berlin beantragt, den „Bericht vom Gewerkschaftskongreß" auf die Tagesordnung zu setzen; ebenso zu Punkt 1 **Leipzig**: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Aufgaben der Gewerkschaften und die Tätigkeit der Zentralarbeitsgemeinschaft".

Berlin: Der Verbandstag wolle beschließen, den Zentralvorstand zu beauftragen, Schritte bei dem ADGB. zu unternehmen, daß unverzüglich ein Reichsbetriebsrätekongreß einzuberufen ist.

Unter anderem hat sich der Kongreß mit der Frage zu beschäftigen: „Die Betriebsräte zu einer selbständigen Organisation zusammenzufassen, welche von dem ADGB. voll anzuerkennen ist.

Berlin und **Leipzig** beantragen: Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft.

Berlin: Der Redakteur ist verpflichtet, alle Artikel aus Mitgliederkreisen aufzunehmen, gleich welcher politischen Richtung.

Zu Punkt 2:

Berlin: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, unverzüglich Schritte einzuleiten zur Bildung eines Lederindustrieverbandes, der die gesamte Arbeiterschaft der Lederherstellenden und lederverarbeitenden Industrie umfaßt, wie Gerber, Sattler, Schuhmacher. Zu diesem Zweck ist sofort in Verhandlungen mit dem Lederarbeiter- und Schuhmacherverband einzutreten und für die Gesamtmitgliedschaften annehmbare Uebertrittsbedingungen zu formulieren.

Zu Punkt 3:

Berlin: § 2 Ziff. f anhängen: Ausbau der Rechte der Betriebsräte, um so das Mitbestimmungsrecht derselben im Produktionsprozeß und damit die Kontrolle der Produktion auszubauen.

§ 2 neu anhängen „g": Bei allen Behörden und Instanzen einzutreten für: a) Ausbau der sozialen Gesetzgebung. b) Sicherstellung der Existenz der Arbeiterklasse beim Eintreten von Arbeitslosigkeit, Invalidität, Krankheit und Unfall. Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, wo dies nicht möglich, Unterstützung in Höhe des Existenzminimums.

§ 2 im letzten Absatz streichen: „und beim Umzuge nach einem anderen Ort", „und Militärversorgungsgesetzen".

Leipzig: Zu § 2 Abs. a ist zu streichen: „auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung" und zu setzen: „§ 165 der Reichsverfassung".

Zu § 2 Abs. II alle Bestimmungen zu streichen, die die Gewährung von anderen Unterstützungen, als Streik-, Maßregelungsunterstützung und Rechtsschutz vorsehen.

Berlin: In § 2a ist zu streichen: „und beruflichen Ausbildung der Lehrlinge".

Bielefeld: § 4 Abs. 3 soll lauten: Die nach Abs. 2 ausgeschlossenen Mitglieder sind den Ortskassierern schriftlich mitzuteilen.

Berlin: § 5 Abs. 3 hinzuzufügen: Die Wiederaufnahme darf nicht von der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei abhängig gemacht werden.

§ 6 Abs. 5 vorsetzen: „Die Verwaltungsstellen können einen Lokalzuschlag bis zu einem Viertel des jeweiligen Betrages erheben."

§ 6 Abs. 7 statt 20 Pf. „beitragsfrei". Sie erhalten das Verbandsorgan. Die Beerdigungsbeihilfen setzt der Zentralvorstand bis zum Eintritt stabiler Verhältnisse von Fall zu Fall fest.

§ 7 soll lauten: 1. Von der Beitragspflicht sind befreit: a) Arbeitslose und erwerbsunfähige kranke und streikende Mitglieder, wenn sie die örtlich vorgeschriebenen Meldevorschriften beachten.

Leipzig: Zu § 11 Abs. 3b einschalten hinter den Worten: die ganze Verwaltung einer Zahlstelle zu entfernen „im Einverständnis mit der örtlichen Generalversammlung" und sofort . . . . usw.

Berlin: § 13 Ziff. 5 Satz 2 statt „fünfte Teil", „vierte Teil".

Spandau: §§ 16 und 17 Absatz 1. Der Verbandstag wird durch den Verbandsvorstand einberufen nach vorheriger Urabstimmung der Mitglieder. § 17 Absatz 6 ist vollkommen zu streichen.

Berlin: § 23 Ziff. 1 im Satz 1 streichen: „vierwöchigen vorherigen", dafür „rechtzeitigen" und „Aufträge durch Submissionen und dergleichen" streichen.

Leipzig: Zu § 25 Absatz 10: Alle Kosten für Lohnbewegungen werden von der Hauptkasse getragen.

§ 26 Abs. 3 ist zu streichen und dafür zu setzen: „Streikunterstützung wird vom ersten Tage des Beginns der Arbeitseinstellung gezahlt, ohne Rücksicht auf die Dauer des Streiks."

Berlin: § 26. Die Streikunterstützung beträgt pro Tag nach: 13 Beitragswochen den 1½fachen Betrag, 26 Beitragswochen den zweifachen Betrag, 52 Beitragswochen den dreifachen Betrag, 156 Beitragswochen den vierfachen Betrag, 260 Beitragswochen den fünffachen Betrag des in den letzten zehn Wochen bezahlten Durchschnittsbeitrages.

Rothenburg o. d. T.: Beseitigung der Lokalbeiträge. Ferner: Der § 35 erhält folgenden Zusatz: In besonderen Notfällen sind die Ortsverwaltungen berechtigt, eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Dieselbe darf jedoch den Wochenunterstützungssatz nicht übersteigen, der dem betreffenden Mitgliede zusteht. In anderen Fällen steht die Entscheidung der Hauptverwaltung zu.

Zum Wahlreglement:

Mühlhausen: Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgt in den durch Zusammenlegung von Verwaltungsstellen gebildeten Wahlkreisen dergestalt, daß die Wahlkreise nach der Ortsklasseneinteilung Ia, I, II, III usw. gebildet werden und daß auf eine Durchschnittsmitgliederzahl von 750 ein Delegierter zu wählen ist.

Elberfeld: Absatz 1 soll angefügt werden: Abgegrenzte Wirtschafts- und Tarifgebiete sind dabei zu berücksichtigen.

Berlin: Absatz 3 hinter „Markenverbrauch" ist einzufügen: „inkl. der blinden Marken".

Sonstige Anträge:

Aachen, Düsseldorf und andere rheinisch-westfälische Orte: Der Gau Rheinland-Westfalen wird in fünf Bezirke eingeteilt, in welchen je ein Kollege zur Leitung der Geschäfte freizustellen ist.

Das bisher an die beiden Gauleiter gezahlte Gehalt wie die sonst zur Geschäftsführung der beiden Gauleiter von der Zentrale gezahlten Gelder sind an die Bezirksleiter zu verteilen mit der Maßgabe, daß einem der noch näher zu bestimmenden Bezirksleiter ein größerer Prozentsatz zugestanden wird.

Dieser Kollege hat hierfür den Gesamtgau nach außen zu vertreten und die möglichst einheitliche Bearbeitung des Gaues nach innen zu überwachen und zu leiten.

Die weitere, sich aus der Anstellung ergebende finanzielle Mehrbelastung ist von den Bezirken durch Erhebung von entsprechenden Lokalzuschlägen zu tragen.

Bielefeld: Die Besoldung der eventuell einzustellenden Bezirksleiter für Rheinland und Westfalen muß Sache der Hauptverwaltung sein.

Offenbach a. M.: Die Verwaltungsstelle Hanau ist Offenbach anzugliedern.

Antrag des Vorstandes: Der Verbandstag wolle beschließen:

Verbandsvorstand und Ausschuß werden beauftragt, eine Unterstützungskasse für ehrenamtlich tätige Funktionäre und die Angestellten des Verbandes zu gründen.

Eine Unterstützung soll eintreten:

1. Bei ehrenamtlich tätigen Funktionären im Falle eines im Dienste der Organisation erlittenen Unfalles für die Dauer der daraus entstehenden Erwerbsunfähigkeit, gegebenenfalls wenn Tod als Folge eintritt, eine Unterstützung der Hinterbliebenen.

2. Bei eintretender Dienstunfähigkeit infolge Alters oder Invalidität bei den Angestellten und im Todesfalle eine Unterstützung der Hinterbliebenen unter Anrechnung der aus sonstigen Unterstützungskassen fließenden Bezüge.

Die erforderlichen Mittel sind aufzubringen durch Beiträge der Angestellten und der Verbandskasse zu gleichen Teilen, ferner durch Abführung von 1 Proz. der örtlichen Einnahmen zu dieser Kasse. Ehrenamtlich tätige Funktionäre sind beitragsfrei. Als Grundfonds ist dieser Kasse ein den derzeitigen Verhältnissen entsprechender Betrag zuzuführen.

Die näheren Bestimmungen sind durch Vorstand und Ausschuß zu erlassen. Die Kasse ist von dem übrigen Verbandsvermögen getrennt zu führen ohne besondere Verwaltungsausgaben.

Hannover: Jede Pensionierung unserer Angestellten sowie Zuschüsse für Pensionskassen aus Verbandsmitteln ist abzulehnen.

Berlin: Sitz des Ausschusses ist am Ort des Zentralvorstandes.

Leipzig: Der nächste Verbandstag findet in Leipzig statt.

Anmerkung des Vorstandes.

Verschiedene Anträge, welche bereits veröffentlicht sind, wurden raumhalber weggelassen.

Die Furcht vor dem Industrieverband.

Alle Kollegen, die heute in der Industrie beschäftigt sind, würden bei Schaffung eines Industrieverbandes verschiedenen Verbänden zufallen. Was würde aber mit jenen, die außerhalb der Industrie, im Handwerk, beschäftigt sind? Sollen die einen Laden für sich aufmachen oder wem sollen sie zufallen? Der Abgang der Mitglieder, die nicht unmittelbar in der Industrie beschäftigt sind, würde den in Betracht kommenden Industrieverbänden auch manchen Verlust bringen. Wird so ein Verband wie der unsere zersplittert, dann könnte man viele Splitter mit der Laterne suchen ohne sie zu finden, denn es gibt unter uns noch viele, die nur durch die Masse mitgerissen und gehalten werden.

Man sollte deshalb eine einzige, einheitliche freie Gewerkschaftsorganisation im ganzen Reiche bilden, in die jeder gehört, der sich zur freigewerkschaftlichen Anschauung bekennt. Man lege alle Verbände und Verbändchen zu einem einzigen Einheitsverband zusammen. Fort mit der Flickerei, das wird nichts rechtes, da verlieren wir nur die bereits erfaßten Mitglieder zum Teil wieder. Wir wollen doch die noch abseits Stehenden erfassen, aufklären und zur Solidarität erziehen!

Nun Kollegen, aufgemuntert und erkennt was not tut. Otto Kokel, Bautzen.

Verbandstag und Industrieverband.

Galm hat mit seiner Ansicht: Abstoßen aller Berufsgruppen, die nicht zur Lederindustrie gehören, sicher auch einem großen Teil unserer Branchen aus der Seele gesprochen. Im Tapezererberuf vollzieht sich eine Umstellung, für welche folgende Zahlen sprechen: Frankfurt a. M. beschäftigte vor dem Kriege etwa 400 bis 500 Kundschaftsarbeiter bei Innungsmeistern, heute nur 70. Darmstadt 50 bis 60, heute nur noch 6. Diese Kundschaftsarbeiter sind heute in den Möbelfabriken tätig. In Darmstadt sind zurzeit 200 Kollegen und Kolleginnen in der Möbelindustrie beschäftigt, eine Zahl, die selbst in den Ausstellungsjahren nicht erreicht wurde. So wird es wohl auch an anderen Orten sein. Die Innungsmeister sind fast überall ausgeschaltet und werden sich kaum bei auflebender Konjunktur mit den Möbelfabrikanten konkurrenzfähig machen können.

Wir müssen deshalb dort organisiert sein, wo uns Betriebsräte und Fachzeitungen geboten werden, das tut der Holzarbeiterverband für die Schreiner in großzügiger Weise. Am leichtesten wäre alles zu regeln, wenn unser Gewerkschaftsbund für sämtliche Verbände die Verwaltungsgeschäfte in die Hand nähme. Ein großer Verband mit einheitlichen Beiträgen. Die Interessen der einzelnen Branchen wären durch Sektionen zu regeln. H. Huber.

Wie wird die Verbandsarbeit gestört?

Es scheint mir, als wenn der Kollege Martens mit seinem Artikel an eine falsche Adresse geraten ist; ich bitte ihn, sich doch in seinen politischen Kreisen etwas näher umzusehen. Wer stört und zerstört die gewerkschaftlichen Organisationen? Bitte nur hinzuschauen auf die Tätigkeit der Zentralvorstände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauarbeiter, Eisenbahner. Wer schließt und löst ganze Zahlstellen auf, wer schließt einzeln und in Massen Mitglieder aus, weil sie eine andere politische Ueberzeugung haben? Haben diese Führer und ihre Kollegen und Genossen nicht in allen Kommunen, Land- und Reichsparlament für die Lasten zuungunsten und zur Bedrückung der Arbeiterklasse sich eingesetzt und den Vorlagen zugestimmt, angefangen mit dem Brot, bis zum Gas, Wasser, der Elektrizität, Straßenbahn, Eisenbahn, dem Porto, ja sogar für die Bauabgabe? Werden nicht 72 Proz. der Einkommensteuer aus dem zehnprozentigen Lohnabzug bestritten? Werden Wohnungen für die Arbeiterschaft gebaut und wird dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen? Ist unser Lohn gegenüber der Vorkriegszeit nicht um den fünften Teil gesunken? Trotz aller Lohnerhöhungen steht der Arbeiter, Beamte und Angestellte schlechter da wie vor dem Kriege. Die Gewerkschaften müssen nun wieder um Verbesserung der Lebenslage kämpfen. Jede Gewerkschaft ist am Ende ihres Könnens. Nur durch Zusammenfassung aller Gewerkschaften in eine einzige Lohnbewegung ist etwas zu erreichen. Zu wievielen Malen hat der ADGB. Punkte für Punkte aufgestellt, hat die Arbeiterschaft aber nie zum Kampfe geführt, sondern stets abgeblasen. Werter Kollege Martens, hast Du die Ausführungen des internationalen Gewerkschaftssekretärs Fimmen gehört, der erklärte, daß die Gewerkschaften der Gefahr eines neuen Krieges, wie er durch die Besetzung des Ruhrgebiets sich entwickeln kann, viel zu wenig Beachtung schenken. Im Oktober vorigen Jahres verschickte der ADGB. ein Rundschreiben an sämtliche Zentralvorstände, man sollte sich des alten Nürnberger Beschlusses erinnern und ihn sich erneut zu eigen machen. Partei und Gewerkschaften sind eins; man solle die MSPD. auch finanziell unterstützen. Wir werden es uns nicht nehmen lassen, die Kritik dort anzusetzen, wo wir es für nötig finden im Interesse aller Darbenden und Notleidenden. Wir bekämpfen das System, und weil dieses Personen verkörpern, müssen wir auch sie als Person kritisieren.

Wenn in dem Artikel angeführt wird, wir hätten gegen die Unterstützung der Arbeitslosen gestimmt, so muß sich Kollege Martens richtig informieren. Im Prinzip sagen wir, das ist Sache der Kommunen, der Länder und des Reiches. Aber um unseren Arbeitslosen zu helfen, weil wir wissen, daß der oben angedeutete Weg ein langwieriger ist, stimmen wir auch dafür in der jetzigen Form, um den Arbeitslosen etwas geben zu können. Was mich persönlich anbetrifft, war ich zur Zeit der damaligen Versammlung krank, infolgedessen am Erscheinen verhindert. Ich habe mich selbst gewundert, daß das abgelehnt worden ist und dies gegenüber verschiedenen Kollegen zum Ausdruck gebracht. Wir sagen niemals, heraus aus den Gewerkschaften, selbst in unserer Partei, wo auch diese Meinung vorhanden war, haben wir dagegen gekämpft.

Wir wissen, daß die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften die Träger der zukünftigen Wirtschaftsform werden sollen und wir diesen Apparat notwendig gebrauchen. Wir können aber nicht einsehen, daß durch Palliatiomittel wie soziale Bauhütten die soziale Lage der Arbeiterschaft gebessert wird. Enteignung von Grund und Boden und Ueberführung in die Hände der Allgemeinheit, verwaltet durch die Allgemeinheit zum Besten aller Volksinsassen, nicht um einer Klasse von Nichtstuern die Gelegenheit zu geben, nur zu ernten und nicht zu säen, den Hausagrariern, Aktiengesellschaften und Banken die Gewinne zuzuführen. Liebedienerei zum Obrigkeitsstaat, mein lieber Freund, welchen Obrigkeitsstaat meinst Du, den jetzigen? Mit dem leben wir immer in Fehde, wir sind die Bestgehaßten und das ist gut, das beweist uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Eure Wirtschaftspolitik wird von den Kapitalisten gelobt, Burgfrieden, Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, das ist Eure Parole. Wir hingegen sagen, die Einheitsfront des Proletariats wird ohne Unterschied der Parteien nur im Klassenkampf erstehen. Dieses zu vollbringen, werden wir auch in Zukunft alle unsere Kräfte anspannen, wenn es auch mancher Kollege bisher noch nicht verstehen konnte. Emil Schröder.

Modetaumel.

Die Welt und namentlich die Frauenwelt ist ständig bestrebt, Neues, Apartes, wenn auch nicht gerade Originelles, noch nie Dagewesenes in ihren Besitz zu bringen. Das bekannte Lied: Nichts neues gibt es in der Welt, es ist alles schon dagewesen wird immer wieder neu variiert. Kürzlich ist bekanntlich das Königsgrab des Pharao Tutankhamen entdeckt und geöffnet worden. Dabei sind allerlei interessante Funde gemacht worden, die sofort von den Modekünstlern als willkommene Modeobjekte benutzt werden.

So wird im „Berliner Tageblatt" Nr. 171 von einer Dame berichtet, daß beim Modetee im „Prisma" pittoreske farbige neue Stoffe und Dekorationen, mit Druckmustern teilweise bestickt, vorgeführt wurden, vielgestaltiger als je zuvor. Weiter fertige Kleider aus solchen Stoffen, deren Motive überall her entnommen sind, von Pharaonengräbern, von alten Teppichmustern und sonstigen Webstoffen, persischer, japanischer, chinesischer Herkunft.

Ein Modezeichner Ladislaus Czettel hat mit kostbaren Stoffen aus dem Seidenhaus Michels durch Drappierung des unzerschnittenen Stoffes geschmackvolle Roben konstruiert, die für den Augenblick bestimmt doch Möglichkeiten bieten, dauernde neue Modelle für Film, Theater, Ballsaal, Haus und Straße zu liefern. Was hier von Dekoration und Kleidung berichtet wird, kann auch gesagt werden von Schmuckgegenständen anderer Art. Alle Fach- und Modezeitungen haben sich auf die neue Anregung gestürzt, die durch die Funde im Grabe Tutankhamens gegeben wurde. Gold- und Silberarbeiten und neuerdings auch Lederarbeiten werden nach Motiven hergestellt, die jenen Funden aus dem Pharaonengrabe nachgebildet sind.

Hauptsächlich sollen es Amerikaner sein, die sich damit befassen. Es ist ja bekannt, das gerade die schwerreichen Amerikaner seit langem die Manie haben, alte Stile und Muster möglichst protzenhaft zu kopieren, überhaupt auch alte berühmte Kunstwerke in ihren Besitz zu bringen. Das Bestreben zu prunken und dadurch den minder reichen zu imponieren, haben ja fast alle Emporkömmlinge an sich.

Zweifellos hat das Bestreben, neue Musterneuheiten auf den Markt zu bringen, einen geradezu belebenden Einfluß auf die Industrie, auf Kunst und Handwerk. Was würde aus unserer Lederindustrie, wenn nicht findige, erfinderische Köpfe immer wieder Neuheiten zu schaffen wüßten. Die kaufkräftige Welt, die Modedame und der Herr, verlangt eben Extravagantes, Bizarres und wie die Bezeichnungen für Modeverrücktheiten alle lauten. Warum also soll sich die Lederwarenindustrie nicht ebenfalls dem Modeverlangen anbequemen und Neuheiten im ägyptischen Stil und sonstigen Zierraten frei nach Tutankhamen herstellen? Die kunstgewerblichen Zeichner und gewandte Fachkollegen haben wieder Gelegenheit zu neuer Betätigung und zur Neubefruchtung der erzeugenden Industrie.

Manche Menschen schimpfen über die Mode, überhaupt über allen unnützen Aufwand. Sehr mit Unrecht, denn wenn die Mode nicht wäre, wovon sollten denn die verschiedenen Industrien Arbeitsaufträge hernehmen für die darin Beschäftigten. Das gilt von allen gleicherweise, ob Schuhwaren, Konfektion, Schokoladen, Tabak- und sonstigen Genuß- und Gebrauchsmittelindustrien.

Nur Verbrauch und Verschleiß kann die Produktion anregen und ständig neu beleben. Ein Volk muß seine Bedürfnisse so hoch wie möglich zu steigern suchen. Je mehr Bedürfnisse ein Volk hat, um so höher ist sein Kulturzustand zu bewerten.

Allerdings hat leider auch die Frage der Bedürfnisse noch eine andere Seite. Wenn nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl Volksgenossen Bedürfnisse der geschilderten Art befriedigen kann, während die große Mehrheit nicht einmal imstande ist, die allerdringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, an Nahrung, Kleidung, Ernährung und Erholung, von Luxus, Vergnügen, Reisen und sonstigen Zerstreuungen gar nicht zu reden, so sind das höchst ungesunde soziale Zustände. Wer diese Unterschiede betrachtet, kommt sehr leicht zu der Auffassung, daß jeder Modeluxus verboten werden müsse, zugunsten der Notleidenden, der Enterbten. Leider gilt vorläufig noch immer jenes Dichterwort vom König und dem Kärner, wenn auch etwas variiert. Wenn die Geldleute aller Grade nicht bauen lassen, keine Automobile kaufen usw., dann haben die Maurer, Zimmerer, Maler, Schlosser und sonstigen Künstler und Handwerker noch weniger zu tun. Freilich, unser ganzes Bestreben muß sich darauf konzentrieren, daß auch die Enterbten mehr und mehr in eine kulturelle Lage gelangen, in welcher sie höhere Bedürfnisse befriedigen können.

Die Lage ist jetzt leider so, daß wir Deutschen schon froh sind, wenn wir für andere Völker die Gebrauchs- und Luxusgegenstände fabrizieren können. Deshalb heißt es, Kopf und Hand gebrauchen und durch entsprechende Erzeugnisse den Mode- und Luxusbedürfnissen der verschiedenen Länder Rechnung zu tragen. So hat der Modetaumel, den wir sonst so nüchern sich austoben sehen, auch für uns sein Interesse.

Das Ende der Außenhandelskontrolle.

Von der Industrie ist die Kontrolle der Warenausfuhr immer mit etwas sehr gemischten Gefühlen ertragen worden. Nachdem die Wirtschaftskonjunktur nunmehr im Abflauen begriffen ist, wird auch sofort angesetzt, diese vielen längst lästige Kontrolle zu beseitigen. Im Reichswirtschaftsrat haben kürzlich Verhandlungen stattgefunden, die die Aufhebung bezweckten. Diese ist zwar definitiv noch nicht beschlossen, doch habe man bereits einem großen Teil des Personals gekündigt. Die „Lederzeitung" gibt zu, daß dadurch der Schleuderei und Schmutzkonkurrenz wieder erwünschte Freiheit gegeben wird zum Schaden des deutschen Ansehens im Ausland.

In der deutschen „Sattlerzeitung" finden wir eine eingehende Schilderung der Schritte, welche die Industrie der Lederbranche unternommen hat, um die Ausfuhrabgabe zu beseitigen. Dabei wird auch auf eine Zuschrift des Vorsitzenden der Außenhandelsstelle für die Lederindustrie, Herrn Dr. Craß, bezug genommen, das an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet wurde.

Herr Dr. Craß hat dazu bemerkt, er habe sich bis jetzt die größte Mühe gegeben, die Industrie, wenn auch unter schweren Opfern, von Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen abzuhalten, die rein privatwirtschaftlich schon längst notwendig gewesen waren. Wenn nunmehr meine Bemühungen in vielen Fällen erfolglos bleiben, so muß ich die Verantwortung dem Reichswirtschaftsministerium (Referat Ausfuhrabgabe) zuschreiben.

Nach dem oben bereits mitgeteilten Beschluß des Reichswirtschaftsrates wird damit gerechnet, daß in Kürze sämtliche Erzeugnisse der deutschen Lederwarenindustrie auf die Freiliste gesetzt werden.

Man geht kaum fehl in der Annahme, daß auch die Markstabilisierungsaktion durch die Regierung zur Beseitigung der Ausfuhrabgabe Veranlassung gegeben hat. Die Industrie ist auf den Warenexport eingestellt und angewiesen. Der Dollar hat bereits wieder angezogen, und es laufen Gerüchte um, daß in Bälde mit einer weiteren tollen Steigerung zu rechnen ist, die inzwischen Tatsache wurde.

Stand der Arbeitslosigkeit im Verband der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller im 1. Quartal 1923.

Von 247 Verwaltungsstellen mit insgesamt 45 868 Mitgliedern, darunter 10 904 weibliche, haben berichtet 165, mit 40 443 Mitgliedern, darunter 9793 weiblichen. 82 Verwaltungsstellen mit 5425 Mitgliedern, darunter 1111 weibliche, haben nicht berichtet. Die Zahl der Arbeitslosen betrug insgesamt 6142, darunter 1224 weibliche im ersten Quartal. Am letzten Tage des März betrug die Zahl der Arbeitslosen 3630, darunter 852 weibliche gleich 9 Proz. gegen 4,8 Proz. im Februar.

Verkürzt arbeiteten:

1— 8 Stund. in	240 Betr.	2694 männl.	881 weibl.
9—16 „ „	316 „	2881 „	1889 „
17—24 „ „	672 „	5996 „	3436 „
25 u. mehr „ „	73 „	627 „	181 „
Insgesamt	1301 Betr.	12198 männl.	6387 weibl.

Zusammengefaßt arbeiteten verkürzt 18 585 Mitglieder, rund gleich 46 Proz. An erster Stelle leidet unter der Arbeitslosigkeit Berlin, Brandenburg, mit 17,1 Proz., es folgt Ost- und Westpreußen mit 13,7 Posen und Schlesien mit 13,2, Bayern mit 10,4, Schleswig-Holstein 10,2, Sachsen 8,1, Württemberg 8, Hannover 7,3, Thüringen 6,8, Westphalen-Lippe 5,6, Provinz Sachsen-Anhalt 4,6, Hessen-Nassau 3,4 und die Rheinprovinz mit 2,8 Proz.

Die beim Februarbericht bereits angekündigte Wirkung der Marktstützungsaktion der Regierung ist also eingetreten und zeigt sich vor allem in dem kolossalen Umfang der Zahl der verkürzt Arbeitenden. Am 18. April ging der Dollar plötzlich von rund 22 000 auf über 30 000 M. in die Höhe. Die Stützung scheint demnach bereits zu versagen und der Tanz geht aufs neue los.

Die Gewerkschaftsspitzen beim Reichskanzler.

Am 21. April wurden die Vertreter der Gewerkschaften beim Reichskanzler vorstellig und nahmen Rücksprache über die innen- und außenpolitische Situation. Es wurde von der Regierung verlangt, sie solle ein positives Angebot an die Ententemächte richten. Die letzten Vorgänge auf dem Devisenmarkt, die Preistreibereien wurden ebenfalls zur Sprache gebracht und energische Maßnahmen gegen diese Machenschaften der Großindustriellen verlangt.

Die neuesten Wirtschaftszahlen sind folgende:

Großhandelsindex laut „Berl. Tagebl." 1913/14 = 1 am 10. April 6398, Großhandelsindex laut Stat. Reichsamt 1913 = 1 am 5. April 4844, Lebenshaltungskostenindex laut Stat. Reichsamt 1913/14 = 1 März 2854, Kohlenpreis (Ruhr-Fettförderkohle) Mark für 1 Tonne am 1. April 114 117, Brikettpreis (ostelbischer) Mark für 1 Tonne am 1. April 69 020, Stabeisenpreis (Thomasqualität) Mark für 1 Tonne am 11. April 1 012 000, Roggenpreis (Börse Berlin) Mark pro 50 Kilogramm am 21. April 46 750, Aktienindex laut „Berl. Tagebl." 3. 1. 1923 = 100 am 19. April 479, Dollarkurs (Mittelkurs Berlin) 1 Doll. = Mark am 21. April 26 100, Goldzollaufgeld Proz. diskontierten Schatzanweisungen in Milliarden Mark am 14. April 7204, Papiergeldumlauf in Milliarden am 18. bis 24. April 499 900, Schwebende Schuld an Mark am 14. April 5850,8.

Korrespondenzen.

Berlin. (Lederwarenbranche.) In der Versammlung vom 4. April wurde Kazmieczak in die Kommission gewählt. Blume hielt einen längeren Vortrag über das Arbeitsnachweisgesetz. Die Entwicklung habe es mit sich gebracht, daß die ursprünglichen Bestrebungen der Gewerkschaften, die Vermittlung ausschließlich in die Hände der Arbeiter zu bringen, aufgegeben, und der öffentliche kommunale Arbeitsnachweis auf gesetzlicher Grundlage gefordert wurde. Wenn auch feststeht, daß eine Anzahl unserer Forderungen Wirklichkeit wurden, so sind doch noch große Lücken vorhanden. Vor allem fehlt der Zwang zur Vermittlung durch den Nachweis, da auch jetzt noch die Zeitungen Stellen nachweisen können. Ebenso sei die gewerbsmäßige Stellenvermittlung noch bis zum 31. Dezember 1930 gestattet und wird selbst nach dieser Zeit noch nicht ganz ausgeschaltet. Redner forderte die Kollegen auf, zur Erringung unserer alten Forderungen nicht nur Mitglied zu sein, sondern durch tätige Mitarbeit dahin zu wirken, daß alle Gesetze, die geschaffen werden, den Interessen der Arbeiterschaft voll entsprechen. In der Diskussion wurden diese Ausführungen unterstrichen. Ehrhoff gab den Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. Er stellte fest, daß die Arbeitgeber die augenblickliche Wirtschaftslage benutzen, um den Arbeitern ihre Macht fühlen zu lassen. Sie lehnten für die zweite Hälfte März und auch für die erste Hälfte April jede Lohnerhöhung mit der Begründung ab, daß eine Teuerung nicht eingetreten sei und die Löhne ausreichend wären. Dieser Bericht löste die lebhafteste Entrüstung aus. Ein Antrag, der aufs schärfste gegen die Handlungsweise der Unternehmer protestiert, wurde angenommen. Fritz Dinkelmeyer.

Braunschweig. (16. 4.) Versammlung vom 10. April. Genosse Schorsch hielt einen schönen Vortrag über „Die Ursachen der Ruhrbesetzung, seine wirtschaftlichen Folgen und die Aufgaben der Arbeiterklasse". Es wurde folgende Resolution angenommen: „Nach einer ausgiebigen Diskussion über die Ursachen der Ruhrbesetzung, seine wirtschaftlichen Folgen und die Aufgaben der Arbeiterklasse bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß sie die Passivität der Gewerkschaften sowie das Verhalten des ADGB. in dieser Frage auf das schärfste verurteilt. Sie ist überzeugt, daß die Bildung von proletarischen Hundertschaften sofort in Angriff genommen werden muß, weil die Faszisten, gestützt auf alte Ministerien, im Reich wie in Braunschweig, beginnen, eine schwierig zu erobernde Stellung gegen die Arbeitermassen aufzubauen. Sie fordert deshalb auch vom Ortskartell, daß es seinen letzten Beschluß in bezug auf die proletarischen Hundertschaften revidiert und dafür sorgt, daß eine Betriebsrätevollversammlung, die sich mit der augenblicklichen Situation und den erforderlichen Aufgaben der Arbeiterschaft befaßt, sofort einberufen wird. Sie ist ferner der Meinung, daß die Herstellung der Einheitsfront aller Arbeitenden und die Bildung einer Arbeiterregierung das Gebot der Stunde ist." Dann wurde beschlossen, die Maifeier in Gemeinschaft mit anderen Gewerkschaften zu begehen, da das Kartell damit nichts zu tun haben will. Einer Einigung aller Parteien an diesem Tage wird hoffentlich einmal eine solche für immer folgen. Albert Ahlburg.

Breslau. (21. 4.) Versammlung vom 17. April. Amplewitz hielt einen Vortrag über die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Er appellierte an die Kollegen, sich fest zu sammenzuschließen und am 1. Mai die Kraft zu zeigen, die bereit ist, jeden Angriff auf den Achtstundentag abzuwehren und unberechtigten Lohnabbau zu bekämpfen. Friedrich gab den Kassen- und Geschäftsbericht vom ersten Quartal. Mitgliederbestand 704 männliche, 155 weibliche. Es sind davon nur 74 Mitglieder anwesend, davon sind 16 erwerbslos. Viele Mitglieder mußten wegen restierender Beiträge ausgeschlossen werden. Friedrich machte bekannt, daß am 23. April mit der Lederwarenindustrie in Berlin zentrale Verhandlungen stattfinden. Zur Kriegsverletztenberatung wurde Steinert und Amplewitz gewählt. In den Ausschuß des Arbeitsamts wurde Kollege Preiß gewählt. Angenommen wurde der Antrag Preiß, für die ausgesteuerten Erwerbslosen eine Sammlung zu veranstalten, mit dem Zusatzantrag Steinert, aber nur zugunsten der Kollegen, die ihre Beiträge, Extrabeiträge usw. stets geleistet haben. Auf dem Arbeitsamt sind zurzeit 91 Tapezierer und 69 Sattler als arbeitslos gemeldet. Amplewitz sprach noch über die gesetzlichen Bestimmungen zur Unterstützung der Kurzarbeiter. A. Haase.

Dresden. (20. 4.) (Treibriemenbranche. Versammlung vom 16. April.) Elsner berichtet über die letzten Lohnabschlüsse, die für das umbesetzte Gebiet ergebnislos verlaufen sind, die Unternehmer waren auch zu weiteren Verhandlungen nicht bereit. Die Löhne der Branchen wurden als gut bezeichnet und ständen im Vergleich zu anderen Berufen mit an der Spitze. Dem wurde durch statistische Nachweise

widersprochen. Sämtliche Debatteredner verlangen, die Unternehmer zu weiteren Verhandlungen zu veranlassen. Dann wurde kritisiert, daß bei einigen Verhandlungen unser Delegierter nicht hinzugezogen wurde. Es wird verlangt, daß derselbe zu jeder Verhandlung hinzugezogen wird oder ein Ersatzmann.

E. Göckeritz.

Heilbronn. (18. 4.) (Versammlung vom 13. April.) Nach Ausführungen des Kollegen Schatz zum Verbandstag und anschließender Diskussion, an welcher sich Bühler, Hartung, Loht und Dolde beteiligten, ergibt sich folgendes: Bereits Mitte Februar wurde in Nr. 7 der Verbandszeitung eine Bekanntmachung der Hauptverwaltung über die Abhaltung des Verbandstages am 7. Juni veröffentlicht. Kollege Döhnert sprach sich dagegen aus. Dann erscheinen verschiedene Einsendungen, die in der Mehrzahl wie auch die inzwischen veröffentlichten Versammlungsbeschlüsse gegen die Abhaltung eines Verbandstages in diesem Jahr sind. Es mußte daher mit einer Verschiebung, mindestens mit einer Urabstimmung, ob ein Verbandstag stattfinden soll oder nicht, gerechnet werden. Da erscheint in Nr. 13, welche am 31. März in den Händen der Mitglieder war, erneut eine Mitteilung, daß der Verbandstag doch stattfinde, und alle getroffenen Vorbereitungen in Kraft bleiben. Schon am 24. März aber wollte die Verbandsleitung die Namen der als Delegierte vorgeschlagenen haben. Die Hauptverwaltung hat die Meinung der Einsender wie auch die Versammlungsbeschlüsse ignoriert. Den Filialen hätte darauf mindestens Zeit gelassen werden müssen, sich über geeignete Kandidaten zu einigen. Doch schon in Nr. 14 standen die Namen der Delegierten-Kandidaten. Ihre Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen, die der Verbandstag behandeln soll, ist völlig unbekannt. Vielen Mitgliedern sei es daher nicht möglich, an der Wahl teilzunehmen. Die Versammelten finden das sehr befremdend und sind der Auffassung, die Einsendungen wären besser unterblieben, da dieselben irreführend waren. Dolde.

Um falschen Gerüchten zu steuern, sei hierzu bemerkt, daß der Hauptvorstand die Einsendungen nicht veranlaßt hat und daß den Einsendern nicht verwehrt werden konnte, ihre Meinung im Verbandsorgan zu äußern. Kein Ort brauchte sich deshalb in den Vorbereitungen zum Verbandstag stören zu lassen. Von einer Irreführung zu reden liegt nicht der geringste Grund vor. Treibt doch keine Spintisiererei. Nichts war doch natürlicher als diese Meinungsäußerung in dieser Zeit! D. R.

München. (16. 4.) Versammlung am 6. April. Bei Beginn der Versammlung wies Kollege Paul darauf hin, daß in unserer letzten Monatsversammlung der Beschluß gefaßt wurde, den Verbandstag auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Den gleichen Standpunkt vertrat Kollege Hartmann, der anführte, daß vorauszusehen war, daß diese Tagesordnung keine reichhaltige und weitbewegende sein kann. Nachdem Hauptvorstand und Verbandsausschuß trotzdem die Abhaltung des Verbandstages in Offenbach beschlossen haben, müssen wir dazu Stellung nehmen. Zur Frage der Industrieverbände äußerte sich Hartmann pessimistisch, er vertritt die Anschauung, daß Zusammenarbeiten sei nicht immer das glänzendste. Er verlas und erläuterte dann die Anträge der Ortsverwaltung. Dann machte Röll die Mitteilung, daß auf unserem Verbandstage der Hauptvorstand vom Schuhmacherverband ein Referat halten werde zwecks der Verschmelzung mit unserem Verbande. Redner ist Gegner dieser Verschmelzung, weil im Schuhmachergewerbe das Kleinkrautertum noch viel größer sei wie bei uns. Die Anträge der Ortsverwaltung einschließlich der vom Kollegen Röll wurden einstimmig angenommen. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden die Kollegen Röll, Hartmann und Paul vorgeschlagen. Dann wurde der Beschluß gefaßt, sich geschlossen an der Maifeier zu beteiligen. Ein Antrag der Ortsverwaltung, wegen der hohen Kosten nur vier Quartalsversammlungen abzuhalten, wurde abgelehnt.

Eugen Mayer.

Rundschau.

Die Ursache der Staubexplosionen. Die verschiedensten Staubarten haben bereits zu verhängnisvollen Explosionen geführt, und es gibt kaum eine Staubart, die nicht solche Gefahren in sich birgt. Ueber die Ursachen dieser Explosionen hat man aber lange Zeit falsche Vorstellungen gehabt, und erst jetzt ist das Richtige erkannt worden, wie Dr. P. Beyersdorfer, der selbst die maßgebenden Untersuchungen ausgeführt hat, in der „Umschau" hervorhebt. Die Ursache der Staubexplosionen hat er an dem Beispiel des Zuckerstaubes aufgeklärt.

Seit dem Jahre 1893 haben in Deutschland acht katastrophale, neun mittlere und über fünf kleinere Zuckerstaubexplosionen ihre vernichtenden Kräfte entfaltet. Da der Staub nicht von allein explodieren kann, so mußte irgendeine Energie hinzukommen, und es war das Nächstliegende, diese Energie in Form von Wärme zu suchen. Die Ursache der Explosionen in stauberfüllten Räumen wurde also in dem Zusammentreffen von Staub und Wärme vermutet. Die feinsinnigsten Schutzmaßnahmen wurden ausgearbeitet, aber dennoch kamen weitere Explosionen vor. Man stand vor einem Rätsel, bis man die Erscheinungen, die durch Zuckerstaub hervorgerufen werden, eingehender untersuchte. Es lag nahe, nachzuforschen, ob nicht die staubförmigen festen Stoffe durch Reibung beim Zerkleinern elektrisch werden, und wirklich zeigte sich, daß alle staubförmigen Stoffe, sei es nun Schwefel, Aluminium, Marmor, Mehl oder Zucker, sich beim Reiben elektrisch aufladen. Es gelang, durch Wirbeln aus dem Zuckerstaub Funken bis zu 1 Zentimeter Länge zu ziehen, was einer Spannung von etwa 25 000 Volt entspricht. Ja, man brachte es dahin, den Zuckerstaub in „kaltem" Zustand, d. h. bei einer Temperatur von 30 Grad Celsius, zur Explosion zu bringen. Auch im Mühlenbetrieb selbst wurden elektrische Aufladungen des Zuckers gemessen, und so zeigten die Laboratorien durch Betriebsversuche einwandfrei, daß als die Ursache die elektrische Erregung des Staubes in Frage kommt. Das Bedeutsame an dieser Erkenntnis der Ursache ist aber, daß damit auch der Weg zu Schutzmaßnahmen gegeben ist. Der Kampf gegen die Staubexplosionen muß bei der elektrischen Aufladung des Staubes einsetzen, und die Physik gibt die Mittel an die Hand, um die Elektrizität des Staubes abzuleiten bzw. zu neutralisieren.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

In Stolp i. P. streiken die Tapezierer. Haltet Zuzug fern!

Nachtrag XVII zum Landestarif für die Sattlereien im Freistaat Sachsen (Handwerksbetriebe). Durch übereinstimmenden Beschluß der Vertragsparteien wird der § 2 wie folgt geändert: Die Löhne betragen ab 16. April 1923 für Gehilfen in der Ortsklasse A im ersten Jahre nach der Lehre 808 Mk., im zweiten bis zum 20. Jahre 974 Mk., über 20 bis 23 Jahre 1188 Mk., über 23 Jahre 1426 Mk., in der Ortsklasse B 722 Mk., 867 Mk., 1057 Mk., 1279 Mk., in der Ortsklasse C 681 Mk., 845 Mk., 1026 Mk., 1217 Mk. und in der Ortsklasse D 629 Mk., 730 Mk., 950 Mk., 1167 Mk.

Das sind Mindestlöhne, sie können mit achttägiger Frist gekündigt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Kokel und Huber, Bautzen und Darmstadt. Die leidige Raumknappheit zwang zur knappsten Zusammenfassung des wesentlichsten Inhalts der Einsendungen.

Um aber Legendenbildungen vorzubeugen, sei bemerkt, daß in Darmstadt in der Möbelindustrie Ausnahmezustände bestehen, die sich nicht zum zweiten Male vorfinden. Nach unserer sehr guten Statistik von 1913 waren damals in 646 Betrieben der Holzindustrie 2797 Tapezierer beschäftigt von 16 620 ermittelten überhaupt. Von 16 000 Tapezererbetrieben waren damals schon rund 11 000 Alleinbetriebe. Der Weltkrieg verschob dies Bild gewaltig, zwang zur Einstellung auf Rüstungsarbeiten und brachte uns den Sattlern näher als jemals zuvor. Nach den neueren Erhebungen trifft es allerdings zu, daß die Innungsmeister noch seltener Gehilfen halten können als früher, trotzdem haben sich die Verhältnisse in den Möbelfabriken im allgemeinen nicht viel verschoben.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 29. April bis 5. Mai ist der 18. Wochenbeitrag fällig.

An die Ortsverwaltungen.

Die Arbeitslosigkeit und die Zahl der verkürzt arbeitenden Kollegen und Kolleginnen nimmt sehr stark zu. Es liegt im Interesse der Gesamtheit, daß diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt restlos erfaßt wird. Leider geschieht es infolge der Nachlässigkeit vieler Ortsverwaltungen nicht oder nicht rechtzeitig. Für das erste Quartal hatten von 247 Verwaltungsstellen nur 165 berichtet. Das bedeutet ein Armutszeugnis für das gewerkschaftliche Interesse der fehlenden Orte. Wir erwarten, daß die Karten für den Monat April restlos eingehen. Es sind graue Karten einzusenden. Erhebungstag ist Sonnabend, der 28. April. Die Karten müssen bis spätestens 6. Mai in unseren Händen sein. Karten, die später eingehen, können bei der Aufstellung nicht mehr berücksichtigt werden und gelten gleich fehlenden Karten. Wir ersuchen daher nochmals um pünktliche Berichterstattung.

Zur Zeitungsfrage.

Die Zeitungsfrage ist bereits wiederholt besprochen worden, doch fand sie nicht die richtige Beachtung. Verschiedene Merkmale lassen erkennen, daß es unsere Ortsverwaltungen an der nötigen Agitation und Information in den Mitgliedschaften noch vielfach fehlen lassen. Trotzdem (in Nr. 11) darauf aufmerksam gemacht wurde, das Postabonnement rechtzeitig beim Briefträger oder Postamt zu erneuern, ist das vielfach verbummelt worden. Ja, es besteht der Verdacht, daß es sogar Ortsverwaltungen gibt, die keine Verbandszeitungen bestellt haben! Also fort mit dieser Interesselosigkeit! Sorgt, daß jeder das Verbandsorgan bestellt und — liest!

Verschiedene Verbände haben bereits durchgeführt, daß die Ortsverwaltungen das „Korrespondenzblatt" des ADGB. durch das Ortskartell oder eine sonstige Stelle gemeinsam vom ADGB., Berlin, Engelufer 24 IV, beziehen. Vom 15. Mai 1923 an soll dies auch bei uns allgemein eingeführt werden. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Bestellung des „Korrespondenzblattes" am Ort unverzüglich vorzunehmen, da wir es dann nicht mehr liefern.

Der Vorstand.

Adressenveränderungen.

Marienwerder i. Westpr. Vors. Willy Machholz, Lazarettstr. 16; Kass. Alex Wasick, Kl. Wallstr. 4.

Versammlungskalender.

Berlin. (Geschirrbranche.) Donnerstag, den 3. Mai, abends 5½ Uhr, bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88.

Berlin. (Wagenbranche.) Mittwoch, den 2. Mai, abends 7 Uhr, Alexandrinenstr. 44. (Vortrag. Frauen mitbringen.)

Bremen. Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Z. 26/27.

Sterbetafel.

Berlin. Am 15. April im Alter von 72 Jahren Robert Kohlmann, Portefeuiller.

Lippstadt Am 13. April Hermann Riesmann im Alter von 58 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Schlesische Treibriemenfabrik sucht

Leiter oder Anleiter

zur Neueinrichtung der Pickerzfabrikation. Bewerber muß vollkommen mit der Fabrikation eines erstklassigen Fabrikates vertraut sein und diese vollkommen leiten können.

Angebote unter „G. F. L. 23" an die Expedition dieser Zeitung.

Jüngeren Sattler,

ledig, aus der Koofferbranche, der sich durch Zeugnisse oder Referenzen über Zuverlässigkeit ausweist, per sofort auf Lederkoffer gesucht.

Offerten unter „H. H. 10" an die Expedition dieser Zeitung.

Maschinennadeln

zur Helmmaschine hat abzugeben

Sattelberg,

Berlin, Luisenufer 12. 4—6.

Tüchtige Gehilfen

auf Besuchs-, Brief- und Geldscheintaschen stellt sofort ein

Fritz Kyeck

Magdeburg, Lorenzweg 3.

Fachbücher-Preise.

Großes Tapezererbuch, Teil I	7000 Mk.
do. Teil III	21000 „
Ausschneiden moderner Dekorationen	5250 „
Die Fleckenreinigung	1750 „
Die Berechtigung des Faltenwurfs in der modernen Innendekoration	2625 „
Die Bekleidung der Wände	1750 „
Das Raffen von Tüll- und Mullgardinen	1750 „
Der moderne Polsterer	7000 „
Das praktische Polstern	22500 „
Der Wagen- und Autogarnierer	4375 „
Handbuch für Sattelmacher	2625 „
Universal-Maßbergeichnis	1750 „

Verantw. Redakteur: G. Becker, Berlin. Verlag: P. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.